

D.2 Wirtschaft

Gerhard Kruip

Leitfragen:

- Was versteht man unter Wirtschaft?
- Welche Vor- und welche Nachteile haben Marktwirtschaften?
- Wie lassen sich diese Vorteile nutzen und die Nachteile vermeiden?
- Was versteht man unter einer Ökosozialen Marktwirtschaft?
- Wie kann für den Bereich der Wirtschaft ethisch argumentiert werden?
- Wie steht die Kirche zur Ökosozialen Marktwirtschaft?
- Welchen Herausforderungen steht die Ökosoziale Marktwirtschaft heute gegenüber?

1. Begriff der Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte

Durch die Wirtschaft wird vieles von dem bereitgestellt und verteilt, was die Menschen brauchen oder gerne hätten. Da sie viele Bedürfnisse haben und selbst bei höherem Wohlstand immer neue Bedürfnisse entwickeln, sind Güter meist knapp. Je mehr Waren hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden und je effizienter dies geschieht, umso mehr steigt der Wohlstand.

In der Geschichte der Menschheit hat die Wirtschaft sehr unterschiedliche Formen angenommen: Jäger und Sammler fanden in der Natur, was sie zum Leben brauchten. In weniger klimatisch begünstigten Gebieten mussten sie jedoch Mittel zur Konservierung von Lebensmitteln entwickeln. Auch in frühen Wirtschaftsformen wurde ein gewisser Tauschhandel betrieben. Nach der landwirtschaftlichen Revolution lebten die Menschen in Agrargesellschaften vor allem von dem, was sie selbst anbauten. Wo ein Überschuss erzielt wurde, konnten sich unterschiedliche Berufe entwickeln, mehr Handel getrieben und eine hierarchische Differenzierung der Gesellschaft ermöglicht werden, in der eine Oberschicht

D. Kontexte

von der Arbeit der anderen lebte, diesen aber auch einen Nutzen brachte, zum Beispiel durch ein Gewaltmonopol oder die Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Entwicklung von Eigentumsformen und Herrschaftsstrukturen wurde dadurch nötig. Auch entstanden Städte mit einer eigenen Siedlungskultur. In modernen Gesellschaften wurde die Arbeitsteilung weiter ausdifferenziert, ein Großteil der Koordinationsaufgabe zwischen Produzent*innen und Konsument*innen wurde über Märkte geregelt. Außerdem kam es zur weitgehenden Trennung der Arbeitenden von ihren Produktionsmitteln, beispielsweise der Handwerker*innen von der ihnen eigenen Werkstatt, weshalb sie ihre Arbeitskraft auf einem Markt anbieten mussten. Heute stellt die große Mehrheit nicht mehr selbst her, was sie braucht, sondern kauft es von dem Geld, das sie durch ihre Arbeit verdient. Inzwischen ist die Wirtschaft durch beschleunigte globale Vernetzung und enormen technischen Fortschritt gekennzeichnet. Während der Zeit des real existierenden Sozialismus gab es in kommunistischen Regimen zentrale Planwirtschaften, in denen die Staatsbürokratie die Koordination der Wirtschaftssubjekte übernahm. Die meisten Volkswirtschaften sind heute Mischsysteme, in denen in unterschiedlichem Verhältnis staatliche und private Akteure zusammenwirken.

2. Markt und Wettbewerb

Märkte sind physische oder virtuelle Orte, an denen Menschen Waren handeln. Wir finden sie in allen Kulturen. Dabei gelten von Anfang an Regeln, ohne die der Tausch nicht zustande käme. Märkte sind eine soziale Institution. Auf ihnen werden Güter dann getauscht, wenn für beide Tauschpartner der jeweilige Gebrauchswert des eingetauschten Gutes größer ist als des Gutes, das sie zum Tausch anbieten. Weil es oft nicht einfach ist, einen geeigneten Tauschpartner zu finden, wurden schon sehr früh Tauschmedien genutzt, die leicht zählbar, leicht konservierbar und für alle brauchbar waren, wie beispielsweise Kleinvieh, Getreidekörner oder Metalle, woraus sich schließlich das Geld als ein generelles Tauschmedium entwickelte. Hinter der Herstellung von Münzen steckt die Idee, das Gewicht und damit den Wert dem betreffenden Metallstück aufzuprägen, um den Umgang mit ihm zu erleichtern. Später entwickelte sich Papiergeld, das aus einem fast wertlosen Material besteht, aber dennoch, wenn es allgemein akzeptiert wird, als Tauschmedium dienen

kann. Noch später wird das weit abstraktere Giralgeld erfunden, das nur noch als Zahl auf einem Kontoauszug existiert. Durch Kreditvergaben der Banken findet eine enorme Giralgeldschöpfung statt. Dadurch wird eine wirtschaftliche Dynamik gefördert, die sonst nicht möglich wäre.

Gibt es mehrere Personen, die Waren anbieten und erwerben, so haben sie die Wahl zwischen mehreren Tauschpartner*innen. Erst jetzt entsteht im eigentlichen Sinn ein Wettbewerb. Die Marktteilnehmer werden, wenn sie die Freiheit dazu haben, jene mit dem für sie günstigsten Tauschverhältnis wählen. Weil beide jeweils für sich das günstigste Tauschverhältnis suchen, kann sich ein fairer Preis herausbilden. Denn jeder Tauschpartner, der sich über die Tauschalternativen informiert, weiß dann, dass er bei keinem anderen einen besseren Preis erzielt hätte.

Auf solchen Märkten bildet sich der Preis nach Angebot und Nachfrage, und umgekehrt richten sich Angebot und Nachfrage nach dem Preis. Steigende Preise führen in aller Regel zu einem höheren Angebot und zugleich einer geringeren Nachfrage. Bei fallenden Preisen ist es umgekehrt, so dass sich der Preis nach und nach auf einen Gleichgewichtspreis einpendelt. Dieser sorgt für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Dies muss freilich nicht bedeuten, dass jedes Bedürfnis befriedigt werden kann, denn die Voraussetzung für Nachfrage ist Kaufkraft, über die nicht jeder verfügt.

3. Funktionen von Märkten und ihre Voraussetzungen

Märkte, auf denen Wettbewerb stattfindet, erfüllen verschiedene Funktionen, die aber von bestimmten Voraussetzungen abhängen. Anders als in einer zentralen Planwirtschaft sind alle Akteur*innen in ihren Entscheidungen im Rahmen des gesetzlichen Regelwerkes frei und eigenverantwortlich. Sie sind dabei durch ihr Eigeninteresse motiviert: Anbieter*innen stellen aus Eigeninteresse Güter her, die sie auf dem Markt tauschen können. Ein staatlicher oder behördlicher Zwang braucht nicht ausgeübt zu werden. Auch muss nicht vorausgesetzt werden, dass die beteiligten Personen moralisch motiviert sind. Die Wirtschaftstheorie geht vom Idealmodell des *homo oeconomicus* aus, das heißt, sie nimmt an, dass sie im Sinne der ökonomischen Mittel-Zweck-Relation *rational* handeln. Adam Smith (1723–1790) hat diese Idee seiner höchst einflussreichen Wirtschaftstheorie zugrunde gelegt: „Nicht vom

D. Kontexte

Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.“¹ Auch die meisten Konsument*innen vergleichen Preise und Qualität, um das für sie nützlichste und günstigste Produkt zu erwerben.

Diesem Motor des Eigeninteresses verdanken Marktwirtschaften einen erheblichen Teil ihrer Dynamik (Anreizfunktion). Angebot und Nachfrage passen sich aneinander an (Koordinationsfunktion), es kommt seltener zu Überangeboten oder einem Mangel. Der Preis informiert über vorhandene Knappheiten oder Überproduktion (Informationsfunktion). Der Markt sorgt ebenfalls dafür, dass in die Bereitstellung derjenigen Güter investiert wird, bei denen Knappheit besteht (Allokationsfunktion), und dass die Güter möglichst effizient, d.h. zu möglichst niedrigen Kosten und in möglichst kurzer Zeit hergestellt werden (Effizienzfunktion). Marktwirtschaften sind auch innovativer und kreativer (Freiheits- und Entdeckungsfunktion). Neue Ideen werden schneller umgesetzt, neue Produkte entstehen, die Qualität kann gesteigert werden, zumal sich bei erfolgreichem Wettbewerb keine Monopole und starken Machtungleichgewichte herausbilden (Entmachtungsfunktion). Wegen dieser höheren Flexibilität können Marktwirtschaften auch schneller auf interne wie externe Risiken oder Schocks reagieren. Das gilt besonders im Vergleich zu einer Wirtschaft, bei der sich alle nur selbst versorgen. Deshalb ist es auch nicht überraschend, dass sich weltweit Länder, die für mehr Wettbewerb gesorgt haben, besser entwickelten als jene, die planwirtschaftlich organisiert sind oder sich protektionistisch vom internationalen Handel abschotten.

Allerdings kommen diese Effekte nur zustande und haben auch nur dann keine nachteiligen Nebenwirkungen, wenn wichtige Voraussetzungen erfüllt sind. Deshalb kann eine *Marktwirtschaft pur*, also eine Marktwirtschaft ohne soziale Einbettung (→ E.2) und ohne staatliche Ordnungspolitik (→ D.1.3), weder funktionieren noch ethisch legitimiert werden. Nicht umsonst wurde die *Laissez-faire-Marktwirtschaft* seit dem 19. Jh. immer wieder kritisiert, von Sozialist*innen und Marxist*innen genauso wie von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Märkte erhalten

1 Smith, A., *Der Wohlstand der Nationen*, München ⁵1978, 17.

sich auch nicht von selbst. Wenn sie nicht entsprechend geschützt und reguliert werden, können sie sich selbst zerstören. Ein unregulierter Wettbewerb kann dazu führen, dass sich oligopolistische oder monopolistische Strukturen herausbilden. Eine Marktwirtschaft braucht außerdem ein hohes Maß an Vertrauen. Man muss sich darauf verlassen, dass die Informationen über Produkte auch stimmen und Verträge eingehalten werden, dass man langfristig die Güter, die man produziert, oder die Arbeitsleistung, die man anbietet, gegen solche Güter, die man nicht selbst herstellt, aber dennoch zum Leben braucht, eintauschen kann und dass das Geld auch morgen noch seinen Wert behält. Es braucht dazu eine Fülle von soziokulturellen Konventionen und rechtlichen Regeln. Außerdem braucht es aus Gerechtigkeitsgründen Ausgleichsmechanismen für Menschen, die nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft oder Produkte auf dem Markt anzubieten. Zu dieser Gruppe der *Marktpassiven* gehören in bestimmten Phasen des Lebens alle: Kinder, Kranke, behinderte oder ältere Menschen sind darauf angewiesen, ohne Teilnahme am Markt versorgt zu werden. In weniger entwickelten Gesellschaften ist es vor allem die Familie, die diese Funktion erfüllt, in modernen Gesellschaften braucht es dafür Systeme sozialer Sicherung (→ E.2).

Durch technische und organisatorische Produktivitätsfortschritte wird es immer wieder passieren, dass bestimmte Produkte nicht mehr gebraucht werden. Nach der Erfindung von Computern und Druckern braucht kaum jemand mehr Schreibmaschinen. Der Prozess *kreativer Zerstörung* (Joseph Schumpeter, 1883–1950) ist auf der einen Seite erwünscht, weil es ohne ihn keinen Fortschritt geben könnte. Auf der anderen Seite bedeutet er aber für die Hersteller veralteter Güter eine große Härte. Sie verlieren ihre Einkommensmöglichkeit, ihren Arbeitsplatz. Sie müssen sich neu orientieren und weiterbilden, damit sie in anderen Tätigkeiten wieder ihr Auskommen finden. Solange dies nicht gelingt, bedürfen sie sozialer Absicherung. Viele Probleme und soziale Kämpfe während der Industrialisierung im 19. Jh. (→ A.3.4) hingen mit massiven Prozessen *kreativer Zerstörung* zusammen, während die notwendige soziale Absicherung aber politisch noch nicht entwickelt war. Schließlich sind in Märkten manche erfolgreicher als andere, weshalb bei Einkommen und Vermögen Ungleichheiten entstehen. Werden sie zu groß, gibt es keine faire Chancengerechtigkeit mehr, weil sie sich beispielsweise nachteilig auf die Bildungschancen der ärmeren Personen auswirken. Außerdem können wachsende Armut und soziale Ungleichheit Stabilität und Zusammen-

D. Kontexte

halt von Gesellschaften zerstören. Auch lassen sich nicht alle Bereiche über einen Markt steuern. Es wäre z. B. zu aufwendig und zu teuer, wenn jeder Stromerzeuger ein eigenes Stromnetz verlegen würde. Solche *natürlichen Monopole* gibt es bei relativ vielen Gütern. Sie verlangen ein Eingreifen des Staates, entweder indem er selbst als Anbieter auftritt oder indem er diesen Markt streng reguliert. Auf vielen Märkten gibt es Asymmetrien zwischen Nachfragern und Anbietern, z. B. auf dem Gesundheitsmarkt: Ärztinnen und Ärzte sind sowohl diejenigen, die eine Gesundheitsleistung anbieten, als auch diejenigen, die entscheiden, welche Gesundheitsleistungen die Patient*innen brauchen. Die Leistung kann zudem so teuer werden, dass nur noch wenige sie sich leisten könnten. Deshalb kann ein Gesundheitssystem nicht allein durch einen Markt reguliert werden, es bedarf z. B. einer Professionsethik für Ärztinnen und Ärzte und einer Krankenversicherungspflicht für Patient*innen (→ E.8). Ähnliches trifft auch auf den Wohnungsmarkt und den Arbeitsmarkt zu, die stärker reguliert werden müssen, um schwächere Marktteilnehmer zu schützen. Für *öffentliche Güter* sind Märkte prinzipiell ungeeignet. Von deren Nutzung kann niemand ausgeschlossen werden, weshalb kaum jemand bereit ist, die Kosten aufzuwenden, um sie bereitzustellen, denn alle können sie ja auch nutzen, wenn andere sie erzeugen. Beispiele hierfür sind öffentliche Sicherheit, eine gute Verkehrsinfrastruktur, saubere Luft, die Abschwächung des Klimawandels und teilweise auch Bildung. Auch hier ist der Staat gefragt. Schließlich gibt es auch Güter, die aus moralischen Gründen nicht auf Märkten gehandelt werden dürfen, wie beispielsweise menschliche Organe.

- ▶ **Märkte sind ein geeignetes Mittel zur Koordination von Wirtschaftssubjekten. Das gilt jedoch nur, wenn sich der Staat um die Bereitstellung öffentlicher Güter, eine geeignete Rahmenordnung, ein System sozialer Sicherung und strenge Regeln für den Schutz der Umwelt kümmert.**

4. Die Ökosoziale Marktwirtschaft

Der Erfinder der *Sozialen Marktwirtschaft*, die erst in den 1970er Jahren durch das Adjektiv *ökologisch* ergänzt wurde, war 1946 der Religionssoziologe, Kulturanthropologe und Wirtschaftswissenschaftler Alfred

Müller-Armack (1901–1978). Ähnliche Konzepte hatten Wirtschaftswissenschaftler der *Freiburger Schule* entwickelt, zu denen auch Walter Eucken (1891–1950), Wilhelm Röpke (1899–1966) und Alexander Rüstow (1885–1963) zählen. Die genannten Ökonomen kritisierten massiv den *Laissez-faire-Kapitalismus*, forderten einen starken Staat, der über den Partikularinteressen stehen sollte, und propagierten die Einsicht, dass Märkte nur dann wirklich funktionieren und dem Gemeinwohl dienen, wenn sie einer vom Staat geschaffenen Rahmenordnung unterworfen werden. Aus diesem Grund wurde die *Freiburger Schule* auch mit der Bezeichnung *Ordoliberalismus* in Abgrenzung zum *Laissez-faire-Liberalismus* und dessen Minimalstaatsvorstellung (*Nachtwächterstaat*) des 19. Jh. belegt und als *Neoliberalismus* bezeichnet. Heute meint man mit diesem Begriff meist das Gegenteil, nämlich die Ablehnung staatlicher Regulierung und die Absolutierung des freien Marktes. Tatsächlich können die Freiheit des Marktes und die Eigennutzenorientierung auch ideologisch missbraucht werden, um notwendige Regulierungen abzuwehren. Geld und Kapital können zum Götzen werden, dem die Arbeit und die arbeitenden Menschen untergeordnet werden.²

Aufgrund der inzwischen bewusst gewordenen Notwendigkeit, neben den sozialen auch ökologische Ziele wie Nachhaltigkeit (→ C.6) und Klimaschutz (→ E.9) zu berücksichtigen, spricht man inzwischen auch von einer *Ökosozialen Marktwirtschaft*.³ Politisch wirksam wurde die Idee der *Sozialen Marktwirtschaft* in Deutschland durch Ludwig Erhard (1897–1977). Dass diese politische Leitidee letztlich erfolgreich umgesetzt werden konnte, war nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, dass mit diesem Begriff eine Formel für einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gefunden wurde, mit der es möglich war, ein solches marktfreundliches Konzept einer politischen Öffentlichkeit näherzubringen, die von starker Skepsis ihm gegenüber geprägt war.

Zur notwendigen Rahmenordnung gehören eine Kartellbehörde, die Kartelle und Monopole verhindert, die Garantie des Privateigentums und der Vertragsfreiheit, die Einhaltung des Haftungsprinzips sowie ein Rechtssystem, das es den Bürger*innen erlaubt, ihre Rechtsansprüche

2 Solche Kapitalismuskritik spielt auch in der Befreiungstheologie eine wichtige Rolle, z. B. bei Assmann, H./Hinkelammert, F. J., *Götze Markt*, Düsseldorf 1992.

3 Vgl. Hasse, R. H./Schneider, H./Weigelt, K. (Hg.), *Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z*, Paderborn 2005.

D. Kontexte

anderen gegenüber vor nicht korrupten Gerichten einzuklagen. Eine unabhängige Zentralbank muss in der Lage sein, für Geldwertstabilität zu sorgen. Wegen der Asymmetrie auf vielen Märkten braucht es eine Verbraucherschutzgesetzgebung, Qualitätskontrolle, Kennzeichnungsvorschriften und Grenzen der Vertragsfreiheit zum Schutz der schwächeren Marktteilnehmer. So sind beispielsweise Mietverträge und Arbeitsverträge stark reguliert. Die Bereitstellung öffentlicher Güter muss vom Staat selbst oder in dessen Auftrag garantiert werden. Um das Überleben in Würde zu sichern, sind soziale Sicherungssysteme nötig, die die Menschen vor zentralen Lebensrisiken schützen. Weil die Anpassungen zwischen Angebot und Nachfrage nicht reibungslos funktionieren, gibt es immer wieder Überproduktion, Preisblasen, konjunkturelle Einbrüche. Der Staat muss durch eine antizyklische Konjunkturpolitik versuchen, die Auswirkungen solcher Krisen möglichst klein zu halten. In der Corona-Krise 2020/21 wurde auf dramatische Weise offenbar, wie wichtig es ist, dass der Staat stabilisierend in die Wirtschaft eingreift und die Auswirkungen einer solchen Krise mildert. Um all diese Maßnahmen bewältigen zu können, braucht es einen starken Staat mit einer effizienten Verwaltung und einer funktionierenden demokratischen Kontrolle und Legitimation. Finanziert werden muss dies alles letztlich von den Bürger*innen, aber so, dass die leistungsfähigeren auch zu einem größeren Beitrag verpflichtet werden, beispielsweise durch eine progressiv mit dem Einkommen anwachsende Besteuerung und eine konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Vor allem muss dafür gesorgt werden, dass ökonomische Macht nicht die politischen Entscheidungsprozesse verzerrt. Primat des Staates bedeutet die Fähigkeit des Staates, gemeinwohlorientiert und nicht einseitig beeinflusst von wirtschaftlichen Sonderinteressen regulierend in den Markt einzugreifen, nicht aber, dass der Staat selbst wirtschaftlich tätig werden müsste, wo dies privatwirtschaftlich möglicherweise effizienter geschieht.

Die *soziale Frage* im 19. Jh. hat sehr deutlich gemacht, dass tatsächlich eine *Marktwirtschaft pur* nicht akzeptabel ist. Aus dem Scheitern des real existierenden Sozialismus im 20. Jh. muss man lernen, dass auch eine zentrale Planwirtschaft nicht wirklich funktioniert, selbst wenn sie, wie das im Ostblock nicht der Fall war, mit einer echten Demokratie verknüpft wäre. Es gibt deshalb keine echte Alternative zu marktwirtschaftlichen Systemen, sehr wohl aber verschiedene Ausprägungen derselben. Die Formen der Regulierung und die soziale Absicherung können sehr

unterschiedlich ausfallen. Der Teil der Wertschöpfung, der im staatlichen Sektor und in den Sozialsystemen verausgabt wird, kann höher oder niedriger sein – in vielen Ländern liegt er heute knapp unter der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bis zu einem gewissen Grad kann es auch Staatsunternehmen geben, und vor allem können auch die Formen der Unternehmensorganisation sehr verschieden sein, von Soloselbständigen über Familienbetriebe und Genossenschaften bis hin zu großen Aktiengesellschaften. Bei letzteren kann der Aktienbesitz in der Hand weniger liegen oder breit gestreut sein. Auch kann es neben den vorrangig auf ökonomischen Gewinn ausgerichteten privaten Unternehmen noch andere geben, die als Sozialunternehmen in einem Non-Profit-Sektor gemeinwohlorientiert arbeiten.⁴ Das Konzept einer *Ökosozialen Marktwirtschaft* ist nicht mit der Realität gleichzusetzen. Es eignet sich nicht als ideologische Rechtfertigung bestehender Verhältnisse, vielmehr kann und muss die Realität von diesem Konzept her immer wieder kritisiert und korrigiert werden.

- ▶ **Das Konzept einer *Ökosozialen Marktwirtschaft* kann besser als andere Wirtschaftskonzepte sicherstellen, dass die Wirtschaft entsprechend dem Gemeinwohl funktioniert und dass ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit und Schutz der Umwelt erreicht wird.**

5. Wirtschafts- und unternehmensethische Konzepte

Die *Ökosoziale Marktwirtschaft* wird niemals perfekt sein. Für ihre Kritik und Korrektur sind wirtschaftsethische Konzepte gefragt. Dabei können verschiedene Schulen unterschieden werden. Eine prominente und in der Wirtschaft gerne rezipierte Position ist dabei die von Karl Homann und seinen Schüler*innen.⁵ Er plädiert dafür, im Wirtschaftsgeschehen Spielregeln und Spielzüge zu unterscheiden und die Spielregeln so zu gestalten, dass sich auch bei egoistischem Handeln der Wirtschaftssubjekte ein moralisch erwünschtes Ergebnis einstellt. Für Homann liegt der

4 Vgl. hierzu besonders Bruni, L./Zamagni, S., *Zivilökonomie. Effizienz, Gerechtigkeit, Gemeinwohl*, Paderborn 2013.

5 Vgl. z. B. Homann, K./Blome-Drees, F., *Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Göttingen 1992.

D. Kontexte

Ort der Moral in den Spielregeln, nicht in den Spielzügen. Will man beispielsweise den Klimawandel bekämpfen, dürften moralische Appelle allein wenig helfen, während eine Verteuerung umweltschädlicher Energieerzeugung (z. B. durch eine CO₂-Steuer) dazu motiviert, den Verbrauch zu reduzieren oder auf eine umweltfreundliche Energieversorgung umzustellen. Auf diese Weise ist das moralisch Erwünschte nicht damit verbunden, ein Opfer bringen zu müssen, sondern es wird zugleich mit einer ökonomischen Belohnung versehen. So werden die Handelnden in ihren einzelnen Spielzügen von Moral entlastet. Es braucht dazu aber klare Rahmenbedingungen und starke Institutionen, die dafür sorgen, dass dieses komplizierte Gegeneinander der verschiedenen Eigeninteressen doch für alle zum Guten ausgeht. Für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen schlägt Homann einen *Homo-oeconomicus-Test* vor, das heißt, man solle prüfen, ob die Maßnahmen auch dann zum gewünschten Ergebnis führen, wenn sich die Wirtschaftssubjekte nicht moralisch, sondern tatsächlich wie ein *homo oeconomicus* rational verhalten, also ausschließlich ihren Eigennutzen im Blick haben und ihn zu maximieren versuchen.

Freilich stellt sich dann die Frage, auf welche Ziele sich die Gestaltung von Rahmenbedingungen ausrichten soll. Für diese grundlegende Identifikation dessen, was Gerechtigkeit sein könnte, beruft sich Homann auf die Tradition der Vertragstheorien. Diese argumentieren meist mit dem spieltheoretischen Modell des sogenannten *Gefangenendilemmas*: Darunter werden soziale Situationen verstanden, in denen das Handlungsergebnis auch von den Handlungen anderer abhängt, und zwar in der Weise, dass man nur dann zu einem guten Ergebnis für sich kommt, wenn alle kooperieren und dabei ihre kurzfristigen egoistischen Interessen zurückstellen. Der Begriff hat seinen Ursprung in einer klassischen Geschichte zur Veranschaulichung solcher Situationen: Zwei Kriminelle haben eine Bank ausgeraubt. Es gab aber keine Zeugen, das Geld wurde nicht gefunden, nur die dabei verwendeten Waffen, jedoch ohne dass man den beiden den Bankraub nachweisen konnte. Beide können deshalb nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt werden, beispielsweise mit einem Jahr Gefängnis. Würden sie den Bankraub jedoch gestehen, bekäme jeder acht Jahre Gefängnis. Um sie zu überführen, wird ihnen die Möglichkeit einer Kronzeugenregelung angeboten: Dabei würde der Kronzeuge, der den anderen verrät, straffrei ausgehen, während der andere zehn Jahre Gefängnis bekäme. Was passiert in einer

solchen Situation, wenn die beiden Angeklagten sich nicht absprechen können? Aus der jeweils individuellen Perspektive ist es am attraktivsten, als Kronzeuge den anderen zu verraten, ohne dass der andere die Tat gesteht. Selbst wenn der andere doch gesteht, ist es besser, ebenfalls zu gestehen, weil man sonst sogar zehn Jahre ins Gefängnis kommt. Wenn beide Gefangene nun unabhängig voneinander entscheiden müssen, werden sie aus Eigeninteresse beide gestehen und beide acht Jahre ins Gefängnis gehen – ein Ergebnis, das gar nicht ihrem Eigeninteresse entspricht und das sie mit Hilfe der Absprache, in jedem Fall zu schweigen, hätten vermeiden können.

Solche *Gefangenendilemma*-Situationen können die Beteiligten nur dann überwinden, wenn sie kooperieren. Es bestehen aber starke Anreize, aus Eigeninteresse nicht zu kooperieren, woraus ein sehr viel schlechteres Ergebnis resultiert als im Falle der Kooperation. In der sozialen Wirklichkeit gibt es eine Fülle solcher Situationen, beispielsweise im Falle öffentlicher Güter. Die Beteiligten können aber einsehen, dass es ihnen nützt, durch eine Vereinbarung oder einen Vertrag eine Win-win-Situation zu erreichen. So kann mit Hilfe dieses Modells gezeigt werden, dass eine *Problemstruktur*, die die Ausbeutbarkeit individuellen moralischen Handelns ermöglicht, Anreize zu unmoralischem Verhalten setzt. Eine Lösung kann also nur darin bestehen, moralische Sollensansprüche kompatibel zu machen zu den strukturinduzierten Anreizen individueller Vorteils- und Nachteilserwartungen. Auf diese Weise können Spielregeln für die Wirtschaft mit Rekurs auf Eigeninteressen begründet werden, ohne dass die Beteiligten eine moralische Motivation mitbringen müssten. Das Einzige, das man voraussetzen muss, ist die Klugheit der Beteiligten, die nur einzusehen brauchen, dass die Vereinbarung von Regeln in ihrem langfristigen Interesse liegt. In vielen realen Konflikten wäre schon viel erreicht, wenn die Beteiligten wenigstens ihren wohlverstandenen Eigeninteressen folgten und sich deshalb an Regeln hielten, die für alle von Nutzen sind.

Es gibt jedoch Fälle, in denen diese Argumentation nicht zu Ergebnissen führt, die vom moralischen Standpunkt aus überzeugen. Was passiert, wenn es nicht den Interessen der reichen Länder entspricht, dass auch arme Länder prosperieren? Was, wenn die Armen nicht wenigstens ein gewisses Drohpotenzial gegenüber den Reichen aufbauen können? Wie sieht ein Vertragsabschluss aus, wenn nicht alle beteiligten Parteien annähernd die gleiche Verhandlungsmacht haben? Und wer

D. Kontexte

wirkt unter welchen Bedingungen mit an der Festlegung der Regeln? Auch bei einer Win-win-Situation können die Gewinne unter den Beteiligten unfair verteilt sein. Vereinbarte Regeln werden auch selten das Handeln für alle Fälle eindeutig festlegen, so dass ein Spielraum bleibt, in dem es doch auf moralische Haltungen ankommt. Was passiert, wenn Unternehmen in Ländern tätig sind, in denen es keine leistungsfähige Regierung gibt, die Regeln zum Schutz der Bevölkerung durchsetzt? Dadurch, dass alle Beteiligten nach Homann nur eigeninteressiert handeln, ist auch schwer vorstellbar, wie *Gefangenendilemma*-Situationen überwunden werden sollen, wenn für die Errichtung neuer Spielregeln nicht nur eine ökonomische, sondern auch oder vor allem eine moralische Motivation notwendig ist.

Aufgrund dieser Probleme halten viele Ethiker*innen den Ansatz von Homann für unbefriedigend, weil letztlich moralische Fragen auf Klugheitserwägungen reduziert werden. Ganz anders setzt demgegenüber der wirtschafts- und unternehmensethische Ansatz von Peter Ulrich an.⁶ In seiner auf der Habermas'schen Diskursethik aufbauenden *Integrativen Wirtschaftsethik* wehrt er sich dagegen, die Handelnden in der Wirtschaft bei ihren Spielzügen von Moral zu entlasten und den Ort der Moral nur in den Spielregeln zu sehen, auch wenn er die Gestaltung der Regeln der Wirtschaft für grundlegend hält. Die ökonomisch-technische und die ethisch-praktische Rationalität müssten zusammengeführt werden. Auch bei jedem Spielzug müssten sich die Wirtschaftssubjekte fragen, ob er moralisch vertretbar sei, was mit Bezug auf die Diskursethik bedeute, sich zu fragen, ob man die entsprechende Handlungsregel gegenüber allen möglicherweise Betroffenen rechtfertigen könne. Da diese Diskurse notwendigerweise in der Öffentlichkeit stattfinden müssen, spricht Ulrich vom *Homo-publicus-Test*. Diese Überlegungen schließen nicht aus, dass die Wirtschaftssubjekte im Rahmen von Spielregeln durchaus auch eigeninteressiert handeln, aber sie müssen dann prüfen, ob sie legitimerweise dem eigenen Interesse folgen. Da Wirtschaft als Teilbereich von Gesellschaft verstanden wird, gerät neben dem effizienten Wirtschaften die Gestaltung der Beziehungen aller Beteiligten in den Blick. Denn was für die Nutznießer*innen einer wirtschaftlichen Handlung effizient und wünschenswert ist, braucht es für die von – ökologischen oder sozialen –

6 Vgl. Ulrich, P., Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, Bern u. a. 21987.

Nebenfolgen Betroffenen noch lange nicht zu sein. Dieses Konzept hat den Vorteil, dass es aufgrund der gleichberechtigten Einbeziehung aller nicht zu unfairen Benachteiligungen kommen kann und die Sensibilität für ethische Probleme auch bei jedem Spielzug erhalten bleibt, so dass ungerechte Spielregeln viel eher als problematisch empfunden werden. Die Nachteile des Konzepts liegen darin, dass es bei den Beteiligten mehr als Eigeninteresse voraussetzt, nämlich sich überhaupt auf solche Diskurse einzulassen, und dass es als kaum praktikabel erscheint, dass die in der Wirtschaft Handelnden ständig solche Diskurse führen.

Während die Wirtschaftsethik die Ethik des Wirtschaftssystems und seiner Strukturen ist, wird in der Unternehmensethik das Handeln einzelner Unternehmen ethisch reflektiert und unter Begriffen wie *Corporate Social Responsibility* (Soziale Verantwortung von Unternehmen) oder *Corporate Citizenship* (Gemeinwohlverantwortung von Unternehmen) gefasst. Vom Homann'schen Ansatz her gedacht ist Unternehmensethik nur in dem Sinne möglich, dass an das langfristige Eigeninteresse der Unternehmen appelliert wird. Und tatsächlich lässt sich zeigen, dass in vielen Fällen ethisch handelnde Unternehmen auch wirtschaftliche Vorteile haben, da sie für ihre Marke ein besseres Image aufbauen können und das Risiko vermeiden, dass die Mitarbeitenden sich nicht mehr mit den Unternehmenszielen identifizieren und deshalb weniger motiviert arbeiten oder dass Konsument*innen ihre Produkte boykottieren. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sich die breite Öffentlichkeit für die Einhaltung ethischer Standards interessiert und die Konsument*innen auch nach ihnen handeln, dabei aber nicht auf Greenwashing und andere Tricks hereinfallen. Das wohlverstandene langfristige Eigeninteresse von Unternehmen kann sogar so weit gehen, dass sie sich gemeinsam für bessere Regeln einsetzen, um zu verhindern, dass sich einzelne Unternehmen durch die Verletzung ethischer Normen unfaire Vorteile verschaffen können. Als Beispiel kann gelten, dass auch mehrere Unternehmen die Durchsetzung eines Lieferkettengesetzes unterstützten, das 2021 verabschiedet wurde. Aber nicht immer wird dieses Eigeninteresse tatsächlich zum moralisch richtigen Handeln motivieren. Immer wieder wird es einzelne Unternehmerpersönlichkeiten oder Manager*innen brauchen, die aus genuin moralischen Gründen bestimmte Dinge tun oder unterlassen.⁷

7 Siehe Suchanek, A., Unternehmensethik. In Vertrauen investieren, Tübingen 2015.

- ▶ **In vielen wirtschaftsethischen Konzepten spielt für die Normenbegründung Eigeninteresse eine wichtige Rolle. Um aber zu gewährleisten, dass die Normen auch tatsächlich fair sind, braucht es die Einnahme eines moralischen Standpunktes, etwa durch diskursethische Argumentation.**

6. Die kirchliche Position zur Marktwirtschaft

Die wichtigste wirtschaftsethische Grundposition der Christlichen Sozialethik wurde prägnant in der Enzyklika *Quadragesimo anno* (QA, 1931) formuliert: „So wenig die Einheit der menschlichen Gesellschaft gründen kann auf der Gegensätzlichkeit der Klassen, ebenso wenig kann die rechte Ordnung der Wirtschaft dem freien Wettbewerb anheimgegeben werden. [...] Die Wettbewerbsfreiheit – obwohl innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen – kann [...] unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein“ (QA 88). Die Wirtschaft darf nicht einem unregulierten Marktmechanismus überlassen werden, sondern muss sich an der Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl orientieren. Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Denn, so hat es *Gaudium et spes* (GS, 1965) formuliert: „Auch im Wirtschaftsleben sind die Würde der menschlichen Person und ihre ungeschmälerete Berufung wie auch das Wohl der gesamten Gesellschaft zu achten und zu fördern, ist doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft“ (GS 63). Die Sozialenzykliken der Päpste Johannes XXIII. (Pontifikat 1958–1963), Paul VI. (Pontifikat 1963–1978) und anfangs auch Johannes Paul II. (Pontifikat 1978–2005) sind insgesamt eher von Kapitalismuskritik als von positiven Aussagen zur Marktwirtschaft gekennzeichnet. Erst in *Centesimus annus* (CA, 1991), nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, wird der Markt als Instrument deutlicher akzeptiert: „Sowohl auf nationaler Ebene der einzelnen Nationen wie auch auf jener der internationalen Beziehungen scheint der freie Markt das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse zu sein.“ Jedoch wird richtigerweise eingeschränkt: „Das gilt allerdings nur für jene Bedürfnisse, die ‚bezahlbar‘ sind, die über eine Kaufkraft verfügen, und für jene Ressourcen, die ‚verkäuflich‘ sind und damit einen angemessenen Preis erzielen können. Es gibt aber unzählige menschliche Bedürfnisse, die keinen Zugang zum

Markt haben. Es ist strenge Pflicht der Gerechtigkeit und der Wahrheit zu verhindern, dass die fundamentalen menschlichen Bedürfnisse unbefriedigt bleiben und dass die davon betroffenen Menschen zugrunde gehen“ (CA 34).

Die Soziale Marktwirtschaft ist zunächst vor allem eine Idee evangelischer Gelehrter und Politiker gewesen, aber sie ist auch mit der CSE vereinbar. So befürwortete der Eucken-Schüler und spätere Kölner Kardinal Joseph Höffner (1906–1987) die Soziale Marktwirtschaft ohne Einschränkung. Er betonte in einer Ansprache vor der Deutschen Bischofskonferenz 1985: „Die Katholische Soziallehre hält die Marktwirtschaft für die richtige Grundform der Wirtschaftsordnung.“ Im Nachsatz folgt dann: „Sie [die Katholische Soziallehre] ist jedoch davon überzeugt, dass ihr ein humanes Leitbild gegeben werden muss.“ Im gemeinsamen Wort der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* (ZSG, 1997) wird die Soziale Marktwirtschaft, auch wenn an vielen Stellen Korrekturbedarf angemeldet wird, als Grundkonzept ohne Einschränkung befürwortet. „Es ist [...] kein Wirtschaftssystem in Sicht, das die komplexe Aufgabe, die Menschen materiell zu versorgen und sie sozial abzusichern, ebenso effizient organisieren könnte wie die Soziale Marktwirtschaft“ (ZSG 142).

Im Vergleich zu den Päpsten Johannes Paul II. und Benedikt XVI. (Pontifikat 2005–2013) äußert sich Papst Franziskus (seit 2013) wieder kapitalismuskritischer und marktskeptischer. Besonders *Evangelii gaudium* (EG, 2013) provozierte eine Debatte: „Ebenso wie das Gebot ‚du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein ‚Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen‘ sagen. Diese Wirtschaft tötet“ (EG 54). Manche Kommentare haben dabei übersehen, dass sich das „diese“ eindeutig auf eine durch „Ausschließung“ und „Disparität“ gekennzeichnete Wirtschaft bezieht. Noch härter klingen spätere, an die Analyse von Karl Marx (1818–1883) erinnernde Passagen: „Einer der Gründe dieser Situation liegt in der Beziehung, die wir zum Geld hergestellt haben, denn friedlich akzeptieren wir seine Vorherrschaft über uns und über unsere Gesellschaften. [...] Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1–35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel“ (EG 55). Die wachsende weltweite Ungleichheit führt der Papst „auf Ideologien

D. Kontexte

zurück, die die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verteidigen. [...] Die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen. In diesem System [...] ist alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes, die zur absoluten Regel werden“ (EG 55). Deshalb muss die „absolute Autonomie der Märkte“ zurückgenommen werden (EG 202). „Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen“ (EG 204). Franziskus kritisiert auch in seiner Enzyklika *Fratelli tutti* (FT, 2020) die Auswüchse des bestehenden Kapitalismus, favorisiert aber nicht den Wechsel zu einem ganz anderen Wirtschaftssystem, das ohne Märkte auskommen könnte. Sicher hat Franziskus bei seiner Kritik den schlecht regulierten Kapitalismus in Lateinamerika vor Augen, der gerade keine Soziale Marktwirtschaft ist. Bei der Verleihung des Karlspreises am 6. Mai 2016 im Vatikan sprach er sich für die Suche nach „neuen Wirtschaftsmodellen“ aus, „die in höherem Maße inklusiv und gerecht sind. [...] Und das verlangt den Übergang von einer ‚verflüssigten‘ Wirtschaft zu einer sozialen Wirtschaft. Ich denke zum Beispiel an die soziale Marktwirtschaft, zu der auch meine Vorgänger ermutigt haben.“⁸

- ▶ **Weder hat die Kirche den Markt grundsätzlich verurteilt noch einer Ideologie des Marktes das Wort geredet. Am ehesten entspricht eine Ökosoziale Marktwirtschaft den christlich-sozialethischen Kriterien, die an die Wirtschaft anzulegen sind.**

7. Gegenwärtige Herausforderungen einer Ökosozialen Marktwirtschaft

Als die wichtigsten Herausforderungen gelten der demografische Wandel, die Migration (→ E.6), die Digitalisierung (→ D.3.1), die wachsende Bedeutung der Finanzmärkte und vor allem die Transformation zu einer

8 Wortlaut der Ansprache auf http://de.radiovaticana.va/news/2016/05/06/die_papstansprache_im_wortlaut_was_ist_mit_dir_los_europa/1227938. Vgl. die Analyse von Kruip, G., Befreiungstheologische Kritik am Kapitalismus und an der Sozialen Marktwirtschaft. Die Position von Papst Franziskus, in: Gabriel, I./Kirchschläger, P. G./Sturn, R. (Hg.), Eine Wirtschaft, die Leben fördert. Wirtschafts- und unternehmensethische Reflexionen im Anschluss an Papst Franziskus, Ostfildern 2017, 153–169.

nachhaltigen Wirtschaftsweise (→ C.6). Wegen des demografischen Wandels stehen immer mehr ältere Menschen im Ruhestand immer weniger Erwerbstätigen gegenüber, die aber für die Renten, die Pensionen, die Pflege und die Krankenversorgung der Älteren aufkommen müssen (→ E.1; E.2). Dies bedeutet entweder eine hohe Belastung durch Sozialabgaben oder eine geringere Altersversorgung. Hinzu kommt, dass ein erheblicher Arbeitskräftemangel vor allem für qualifizierte Berufe die Wirtschaftskraft schwächen kann. Die wahrscheinlich zunehmende Migration kann dieses Problem lindern, aber nicht allein lösen, zumal der Aufwand entsprechender Qualifizierung und Integration der Migrant*innen nicht unterschätzt werden sollte. Trotzdem liegt es eindeutig im wohlverstandenen Eigeninteresse Deutschlands, sich für mehr Zuwanderung zu öffnen, diese klug zu regeln und dabei Belange der Menschenwürde und der ökonomischen Bedarfe in Einklang zu bringen. Gleichzeitig müssen die Folgen für die Herkunftsländer durch eine starke Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte (*brain drain*) berücksichtigt werden. Die zunehmende Digitalisierung wird den Arbeitsmarkt erheblich verändern. Die Nachfrage nach hochqualifizierten Personen wird steigen, die Nachfrage nach einfachen, aber personenbezogenen Dienstleistungen, die nicht automatisiert werden können, wird wahrscheinlich gleich bleiben, aber im mittleren Bereich der Qualifikationsstufen gibt es viele Tätigkeiten, die durch die Digitalisierung weit stärker automatisiert werden können als bisher. Auch werden sich die Arbeitszeiten ändern, es werden mehr Menschen von zu Hause arbeiten und es wird mehr Soloselbständige geben, die ihre Leistungen auf Internetplattformen anbieten und bei keinem Unternehmen mehr angestellt sind. Die Regelungen für die Arbeitsmärkte und die soziale Sicherheit müssen in kluger Weise diesen Entwicklungen angepasst werden. In der Corona-Krise 2020/21 musste der Staat massive Finanzmittel für die soziale Absicherung, die Unterstützung von Unternehmen und zusätzliche Investitionen aufbringen, was die Staatsverschuldung enorm erhöht hat. In den nächsten Jahrzehnten muss diese so abgebaut werden, dass die damit verbundenen Lasten fair auf alle Bürger*innen verteilt werden.

Ohne eine gut ausgebaute Finanzwirtschaft ist eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich. Probleme entstehen aber dann, wenn sich die Finanzmärkte, auf denen dank moderner Technik der Handel immer globaler und immer schneller wird, von der Realwirtschaft abkoppeln, sich Spekulationsblasen bilden, die irgendwann plat-

zen und dann massive Rückwirkungen auf die Realwirtschaft haben, dort wirtschaftliche Einbrüche und Arbeitslosigkeit hervorrufen. Wie dramatisch solche Krisen verlaufen, konnte man 2007/2008 an der Finanzmarktkrise beobachten, die auch eine Euro-Krise und eine Staatsverschuldungskrise nach sich zog. Vermieden werden können solche Krisen letztlich nur durch eine bessere, weltweit wirksame Regulierung der Finanzmärkte, was nur durch intensivere internationale Kooperation in diesem Bereich möglich ist. Die viel diskutierte Finanztransaktionssteuer könnte die Volatilität der Kapitalströme etwas einschränken und vor allem für internationale Aufgaben, beispielsweise der UNO, finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Krisenhafte Zuspitzungen kann aber auch sie nicht verhindern.

Die größte Herausforderung besteht aber wohl in der Notwendigkeit des Übergangs zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, die ganz ohne fossile Energieträger auskommt. Teilweise wird es dafür technische Lösungen geben, aber sicher müssen sich in manchen Bereichen die Konsumgewohnheiten und Lebensstile ändern. Auf ein mögliches Missverständnis ist dabei hinzuweisen: Es geht bei dieser Transformation nicht um Nullwachstum oder Negativwachstum, wie das manche behaupten, was anderen wiederum Angst macht und sie dazu treibt, die nötige Transformation zu verleugnen oder zu bekämpfen. Das BIP, von dessen Wachstum hier die Rede ist, misst die wirtschaftliche Leistung eines Landes in einem gewissen Zeitraum (meist ein Jahr), ohne dabei auf die Art dieser Leistung zu achten. Auch umweltverträgliche Produktionen oder Dienstleistungen erhöhen das BIP. Ein konsequenter Umbau in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft kann deshalb durchaus mit einem Wachstum des BIP verbunden sein.

Vor allem an dieser nötigen Transformation wird auch deutlich, dass kein Land diese Herausforderungen allein bewältigen kann. Auf globaler Ebene fehlt es aber bislang noch an der nötigen Rahmenordnung und den nötigen Risikoabsicherungen, die eine freie Marktwirtschaft erst als moralisch legitim akzeptabel machen. Zur weltweiten Regelung des Handels, der Arbeits- und Umweltstandards, der Migration und zur Bekämpfung der Weltarmut braucht es aber ein bisher nicht erreichtes Maß an fairer internationaler Zusammenarbeit. Schon innerhalb Europas wird deutlich, wie schwierig das ist. Derzeit befinden sich die Staaten noch in einer gefährlichen *Gefangenendilemma*-Situation. Wenn aber jeder Staat nur kurzfristig den eigenen Vorteil sucht, werden

die Folgen für alle Menschen, besonders für die ärmeren unter ihnen (→ E.7), katastrophal sein.

- ▶ **Die gegenwärtigen Herausforderungen machen eine kluge Weiterentwicklung der *Ökosozialen Marktwirtschaft* erforderlich. Vor allem muss die Wirtschaft auf globaler Ebene durch eine gemeinwohlorientierte Kooperation der Staaten besser geregelt werden.**

Weiterführende Literatur

Aßländer, M. S. (Hg.), Handbuch Wirtschaftsethik, Stuttgart 2010.

Emunds, B., Art. Ökonomie/Wirtschaft, in: Enzyklopädie Philosophie 2II (2009) 1846–1856.

Homann, K./Suchanek, A., Ökonomik. Eine Einführung, Tübingen 2005.

Sautter, H., Verantwortlich wirtschaften. Die Ethik gesamtwirtschaftlicher Regelwerke und des unternehmerischen Handelns, Marburg 2017.

Suchanek, A., Unternehmensethik. In Vertrauen investieren, Tübingen 2015.

Ulrich, P., Zivilisierte Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Orientierung, Freiburg i. Br. 2005.